

12.11.2005

427/2005

Palast der Republik

-mt-

Claudia Hämmerling, stadtentwicklungspolitische Sprecherin, erklärt:

Abrissdebatte entideologisieren

Wenn es um den Palast der Republik geht, schreckt die PDS vor falschen Behauptungen und Diffamierungen nicht zurück. So gut es ist, dass sich die PDS für die Bewahrung des Palastrohbaus einsetzt, so wenig stimmt die Behauptung von PDS-Chef Liebich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wären mitverantwortlich für Beschlüsse, den Palast abzureißen. Im Bundestag stimmten im Sommer 2002 lediglich ein Viertel der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Rekonstruktion des Schlosses. In der PDS-Fraktion taten dies damals zwei Abgeordnete.

Die CDU ist auch 16 Jahre nach dem Mauerfall aus ideologischen Gründen nicht bereit, die veränderten Rahmenbedingungen und historischen Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen.

1. Der Palastrohbau repräsentiert einen Sachwert von ca. 100 Millionen Euro.
2. In ihm ist eine einzigartige Kunsthalle entstanden, die sofort bespielbar und nutzbar ist
3. Neben künstlerischen Aktivitäten wurden die Palasträume von BDI und BDA genutzt
4. Für nur 1,5 Millionen Euro kann der Palast eine ansprechende Außenfassade erhalten.
5. Das Humboldtforum ist nicht mit den benötigten Flächen in der Schlosskubatur realisierbar.
6. Wenn weniger Flächen realisiert werden, entstehen erhebliche Folgekosten für die Unterbringung der außereuropäischen Sammlungen.
7. Die Finanzierung des Neubaus ist ebenso wenig gesichert wie die barocke Fassade.
8. Abriss und Verfüllung der Baugrube sind teurer als das Bauen in einem Stück
9. Nach dem Abriss entsteht die selbe öde Stadtbrache wie nach dem barbarischen Abriss der Schlossreste durch Ulbricht
10. Der Volkskammersaal war ein historischer Ort, in dem das erste frei gewählte Parlament der DDR den Staatsvertrag und Beitritt beschlossen hat.

Aus diesen Gründen haben wir einen Antrag für ein Abrissmoratorium eingebracht.